

Ministry of Foreign Affairs, Thailand

15.09.2017 - 11:24 Uhr

Thailands Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten besteht auf kontinuierliche Bekämpfung des Menschenhandels

Thailand (ots/PRNewswire) -

Die Eliminierung der modernen Sklaverei sowie von Menschenhandel zählt zu Thailands obersten Prioritäten. Unser Ansatz mit Hauptfokus auf den Opfern sowie Partnerschaften zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Public-Private-Civil Society Partnership, PPCP) hat in einer "Nulltoleranz"-Politik gegipfelt, wie das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten offenlegte.

Die Bekämpfung von Menschenhandel ist weiterhin Bestandteil der nationalen Agenda. Im Jahr 2016 hat die königliche thailändische Regierung ihr Verpflichtung für eine "Nulltoleranz"-Politik bezüglich Menschenhandels durch mehrere Maßnahmen und Implementierungen in die Tat umgesetzt. Die Regierung hat das Gesamtbudget zur Bekämpfung von Menschenhandel deutlich erhöht, um ausreichende Ressourcen zur Unterstützung von Aktionen in Schlüsselregionen zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hat ebenfalls Rechtsreformen intensiviert, bestehende Gesetzgebungen verbessert sowie neue entworfen und einen 24-Punkte-Aktionsplan entwickelt. Außerdem wurde ein Ad-hoc-Unterausschuss für gesteigerte Effektivität bei der Strafverfolgung von Menschenhandel eingerichtet, um die Vollzugsbehörden für mehr Effektivität bei der Strafverfolgung zu koordinieren.

Verbesserte Qualität und Schnelligkeit von Gerichtsverfahren könnten durch eine bessere Koordination zwischen Polizei, Strafverfolgern, Gerichtshof und anderen Exekutivbehörden ebenfalls erreicht werden. Die Arbeit von Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Menschenhandel, wie sie z. B. bei der thailändischen Generalstaatsanwaltschaft und dem Gerichtshof eingeführt wurden, sowie die Nutzung von interinstitutionellen Datenbanksystemen haben zu einer gesteigerten Effizienz bei der Strafverfolgung beigetragen. Die Regierung ist ebenfalls mit voller Kraft die wirtschaftlichen Anreize von Menschenhändlern angegangen, indem andere Rechtsvorschriften, einschließlich Anti-Geldwäsche- und administrativen Kräften, genutzt wurden, um die Bemühungen zur Bekämpfung von Menschenhandel zu ergänzen. Im gesamten Verlauf von der Jahr 2016 konzentrierten sich die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung von Menschenhandel darauf, diesen von einem risikoarmen, hochprofitablen Unterfangen in eine risikoreiche, nicht profitable Straftat mit hohem Strafmaß zu wandeln. Zu den beachtlichen Errungenschaften und Fortschritten, die in 2016 gemacht wurden, zählen v.a. die aufgedeckten Fälle von Menschenhandel, die untersucht, vor Gericht gebracht und verurteilt wurden.

Die fortwährenden Verfolgungs- und Bekämpfungsbestrebungen im Jahr 2016 zeigen sich in den 333 Fällen, die von die königliche thailändische Polizei untersucht wurden, sowie in den 301 Fällen, die von der Generalstaatsanwaltschaft vor Gericht gebracht wurden, oder auch in der entsprechenden Steigerung von 5 Prozent bzw. 19,92 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015. Die Zahl der verurteilten Straftäter belief sich im Jahr 2016 auf 268, was im Vergleich zu 205 im Jahr 2015 einem Anstieg von 30,7 Prozent entspricht. Beschlagnahmte Vermögenswerte von Menschenhändlern stiegen im Vergleich zum Jahr 2015 um 307 Prozent auf 22 Millionen USD. Strafrechtliche und disziplinarische Maßnahmen wurden seit Jahr 2013 ebenfalls gegen 45 Regierungsbeamte unternommen, einschließlich zehn Polizisten im Jahr 2016.

Die Regierung hat einen opferorientierten Ansatz übernommen und konzentriert sich auf den Schutz gefährdeter Gruppen. Außerdem verstärkt die Regierung Schutzdienste und stellt bessere Rehabilitations-, Betreuungs- und Sozialdienste für Opfer von Menschenhandel bereit, indem Opfern die notwendigen Kompetenzen vermittelt werden, um einen neuen Lebensweg einzuschlagen und sich wieder in ihre entsprechende Gemeinschaft einzugliedern. Zusätzlich wird ein Rehabilitationsplan entwickelt, der Opfer stärkt und Schutz davor bietet, erneut zum Opfer zu werden, gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bekannt.

Zu den wichtigen Höhepunkten im Jahr 2016 zählten bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für Opfer, da 196 Opfern sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schutzunterkünften Arbeit angeboten wurde, was einem Anstieg von 350,1 Prozent im Vergleich zu 47 Opfern im Jahr 2015 entspricht. Ausländische Opfer und Zeugen von Menschenhandel durften für bis zu zwei Jahre in Thailand bleiben. Die Identifizierung von Opfern wurde durch kontinuierlichen Gebrauch neuer Richtlinien durch alle relevanten Behörden effizienter gestaltet.

Thailand hat kontinuierlich sein Arbeits- und Gastarbeiter-Managementsystem gestärkt, um zur Beseitigung von Rechtslücken in Gesetzen und Vorschriften beizutragen sowie die Gefährdung von Gastarbeitern, Frauen und Kindern zu reduzieren. Das umschloss die Einführung und Durchsetzung eines neuen Gesetzes zur Regulierung von Gastarbeitervermittlungen, während gleichzeitig Kosten und Zeitaufwand für Gastarbeiter, die in Thailand einreisen, reduziert und sekundäre Identifikationsdokumente im Fischereisektor vorgeschrieben wurden, wie z. B das Seaman Book (für Thailänder) und Sea Book (für Gastarbeiter). Im Jahr 2016 unterzeichnete Thailand auch die ILOs Übereinkommen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Nr. 187) sowie die ILOs Seearbeitsübereinkommen (Maritime Labor Convention, MLC).

Die thailändische Regierung hat ihre Partnerschaften mit allen Interessenvertretern vertieft und erweitert, einschließlich ausländischer Regierungen - insbesondere Nachbarländer - dem Privatsektor, internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im In- sowie im Ausland, u.a. mit Nachbarländern und regionalen Kooperationen, um die grenzübergreifende Natur von Menschenhandel anzugehen. Zu den Haupterrungenschaften zählte Thailands Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde der ASEAN Convention against Trafficking in Persons (ACTIP), insbesondere von Frauen und Kindern, die

verstärkte Kooperation mit Partnern im Rahmen des Australia-Asia Program to Combat Trafficking in Persons (AAPTIP) und des Bali Process. Zusätzlich sieht die Regierung die USA als wichtigen Partner bei der Bekämpfung von Menschenhandel und setzte ihre enge Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Behörden, insbesondere Strafverfolgungsbehörden wie Homeland Security Investigation und Federal Bureau of Investigation (FBI), fort. Die thailändische Regierung stand ebenfalls in engem Kontakt mit einer Reihe lokaler und internationaler Nachrichtenagenturen, um Ansichten auszutauschen und sicherzustellen, dass Informationen genau sind und das gleiche Verständnis von Menschenhandelsbelangen besteht.

Thailändisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Tel.: +662-203-5000 Durchw. 22050

Foto - https://mma.prnewswire.com/media/553034/5Ps_Strategy_to_combat_human_trafficking.jpg

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100062462/100806881> abgerufen werden.